Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 v. 8–3, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: gr. Klosterg. 5, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Sonntags oder nach Feiertagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Bürgschaft für die nächstfolgende Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorausbezahlung durch Briefmarken oder Postanweisung.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an. Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang.
Aufl. 52,000 Stück.

Dresden, 1891.

Meyer's Joppen, Schlafröcke
nur **Frauenstrasse 8 und 10.**

Thüre zu!
D.R. Patent.
Vollkommenster, selbstthätiger, geräuschloser
Thürschliesser.
Prospecte gratis und franco. 45,000 Stück im Gebrauch.
Curt Heinsius,
Dresden-N.,
Tieckstrasse 27
(Fernsprech-Amt II, Nr. 2106).

Migräne-Pastillen,
erprobtes Mittel bei Kopfschmerz, Migräne, Katzenjammer (Schachtel 1 Mark) empfiehlt die
Salomonis-Apotheke Dresden, Neumarkt 8.

Costümfabrik Max Jacobi,
Dresden-A., 26 Galeriestrasse 26 (Telephon 389).
Lieferant der grösseren Theater Berlins.
Verleihanstalt aller Arten Costüme vom billigsten bis zum elegantesten Genre, Nationaltrachten aller Art, sowie historische Costüme jeden Zeitalters. Lieferungen für auswärts werden prompt ausgeführt.

Julius Bentler, Dresden, Wallstr. 15
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne **Oefen und Herde,**
Haus-, Küchen- und Landwirthschafts-Geräthe.

Deutsche, engl. und Wiener **Herrenhüte, Cravatten, Handschuhe,** sowie alle Herren-Modewaaren empfiehlt in grösster Auswahl **Robert Kunze,** Altmarkt 1 (Rathhaus).

Nr. 15. Spiegel: Zolldebatte im Reichstag. Hofnachrichten, Gewerkschaftscommission, Europäischer Hof, Gewerbeverein. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Grillparzer's Geburtstag, Eugen d'Albert. **Donnerstag, 15. Januar.**

Politisches.

Beim Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen haben Freisinn und Sozialdemokratie wieder einmal ihre innere Verwandtschaft an den Tag gelegt. Beide ritten dasselbe Steckenpferd: die Aufhebung der Lebensmittelzölle; die Sozialdemokraten in Form eines Gesetzentwurfs, die Freisinnigen in einer Resolution. Beide haben von vornherein das Bewußtsein gehabt, daß ihre Anträge unter den Tisch fallen werden; es war ihnen daher nur um die agitatorische Wirkung zu thun: ein paar kräftige Reden sollten zum Fenster hinaus gehalten werden, um zu beweisen, daß sie den Interessen des arbeitenden Volkes Rechnung zu tragen wissen. Es waren fast dieselben Schlagwörter und demagogischen Kniffe, deren sich der sozialdemokratische Wortführer und der Abgeordnete Richter bedienten. In breitesten Schichten der Bevölkerung soll der Unmuth über die Lebensmittelvertheuerungspolitik in stetem Steigen begriffen sein, welche nur einigen armen Ritterguts- und adeligen Fideikommißbesitzern zu Gute kommen soll. Nur die Großgrundbesitzer sollen ein Interesse an den Getreidezöllen haben, während die ganze arbeitende Bevölkerung bei jeder Mahlzeit mit täglich steigender Sehnsucht den endlichen Fall der künstlichen Brot- und Fleischvertheuerungszölle erwartet. Wie oft ist gegenüber dieser fadenscheinigen Logik festgestellt worden, daß nicht der „große Herr“ durch die Zölle geschützt und mit unangemessenen Geschenken bereichert wird, sondern daß der ohnehin schwerringende kleine Grundbesitz, das bäuerliche Heim und die bäuerliche Kraft zu Grunde gehen müssen, wenn schranken- und zügellos die Konkurrenz des mit reicherem Boden gesegneten Auslandes auf unsere Märkte dringt. Aber selbst Engelzungen würden vergebens den steifleinernen Theoretikern des Manchesterthums die Wahrheit predigen, daß ihre Henkerarbeit an unserer Landwirthschaft die Allgemeinheit zugleich vernichtet. In diese Henkerarbeit eben theilen sich Richter und seine politischen Freunde, die noch etwas „linker“ stehen. Der fortschrittliche „Zungenpeitscher“ betonte mit anerkennenswerther Offenheit, daß er die Anschauungen seines sozialdemokratischen Vorredners in jeder Beziehung theile und daß sich der Antrag seiner Partei in Bezug auf das Ziel von demjenigen der sozialdemokratischen Fraktion nicht unterscheide. Daß die beiden Fraktionen nicht in brüderlicher Freundschaft vollkommen Hand in Hand gegangen sind und aus beiden Anträgen einen einzigen formulirt haben, ist nur daraus erklärlich, daß die behandschuhten Salondemokraten sich zunächst doch noch scheuen, vor den Augen aller Welt die Fäuste sozialrevolutionärer Agitatoren herzhaft zu drücken und zu schütteln.

Aber in der Demagogie ist Herr Richter seinem Kollegen Schumacher doch noch über. Obwohl der biedere Vertreter von Hagen recht wohl weiß, daß es mit dem „neuen Course“ noch recht hapert, so geberdet er sich doch ganz so, als ob die Ziele des Freisinns auch die der Regierung wären und als ob eine neue glorreiche Periode des Freihandels nahe bevorstünde. Er scheut sich sogar nicht, der Regierung Lob zu spenden, indem er erklärt, daß die zur Zeit geführten Verhandlungen über den Abschluß eines deutsch-österreichischen Handelsvertrages sich auf dem richtigen Wege befänden, der auch ihm genehm sei, und mit Wohlgefallen citirt er das kaiserliche Wort, daß die Welt am Ende des neunzehnten Jahrhunderts unter dem Zeichen des Verkehrs stehe, welcher die völkertrennenden Schranken durchbricht. Mit Recht drückte der Redner des Centrums sein Erstaunen darüber aus, daß Herr Richter den Handelsvertrag mit Oesterreich lobe, ohne ihn zu kennen — hat sich, damit dies der Fall sein konnte, der Bundesrath geändert? fügte Herr v. Schalscha hinzu; oder hat sich Herr Richter geändert, haben sich Beide geändert? Jedermann weiß, daß die handelspolitischen Verhandlungen mit Oesterreich geheim gehalten werden und bisher sehr wenige Mittheilungen darüber in die Oeffentlichkeit gelangt sind. Wenn also Herr Richter thut, als ob er in die Geheimnisse der Vertragsverhandlungen eingeweiht sei, so will er vielleicht draußen bei seinen Wählern den Eindruck erwecken, als sei er nun endlich der Vertraute der Regierung, der Mann der Zukunft geworden. Oder sollte er vielleicht jetzt seine Taktik geändert haben? Früher, unter Bismarck, war der Refrain der Richter'schen Reden: ich kenne die Absichten der Regierung nicht, doch verdamme ich sie — jetzt aber schließt er: ich kenne die Absichten der Regierung nicht, doch lobe ich sie. Es ist nur zu deutlich, daß die absichtlich zur Schau getragene Sicherheit des Richter'schen Auftretens glauben machen soll, daß die Zeit gekommen ist, wo die freihändlerischen Wogen alle landwirthschaftlichen und gewerblichen Zölle hinwegschwemmen werden und daß selbst die Regierung den ganzen Zolltarif als zum Abbruch reif ansieht. Die Erklärung des Reichskanzlers, daß die Regierung es für ihre Pflicht halte, für die Entwickelung derjenigen wirthschaftlichen Zweige zu sorgen, die, wie in erster Linie die Landwirthschaft, für die Erhaltung des Staates von hoher Wichtigkeit sind, läßt Herr Richter absichtlich unberücksichtigt, um den Eindruck seines siegreichen Ansturmes gegen die bisherige Schutzzollpolitik nicht abzuschwächen. Es ist zu bedauern, daß Herr v. Caprivi nicht sofort nach der Richter'schen Rede Gelegenheit genommen hat, zur Beruhigung weiter Kreise des Volkes und insbesondere der Landwirthe nachdrücklich das Phantasiegebilde einer freihändlerischen Aera zu zerstören. Auch hätte vom Regierungstische aus hervorgehoben werden sollen, wie wenig angebracht die von der freisinnig-sozialdemokratischen Coalition heraufbeschworenen Diskussionen über Beseitigung oder Herabsetzung der Lebensmittelzölle gerade jetzt sind, wo über einen Tarifvertrag verhandelt wird, bei welchem die landwirthschaftlichen Zölle eine wichtige, ja vielleicht entscheidende Rolle spielen. Die Ungarn, denen besonders daran liegen muß, unsere landwirthschaftlichen Zölle zu Gunsten des ungarischen Getreide- und Viehexports möglichst herabzuziehen, werden nicht mit Unrecht darauf hinweisen, daß man ja selbst im deutschen Reichstage die Kornzölle beseitigt sehen möchte und daß die deutsche Industrie und Landwirthschaft nach dem Eingeständnisse eines Richter gar nicht auf die Schutzzölle angewiesen sei. Auch aus diesem Gesichtspunkte ist es zu bedauern, daß man von Seiten der Regierung nicht von vornherein mit noch größerer Entschiedenheit, als geschehen, jede Betheiligung an den Verhandlungen über die freisinnig-sozialdemokratischen Anträge abgelehnt hat.

Thersites-Richter hat auch diesmal seine Zunge nicht zügeln können. Mit faden armseligen Witzeleien, die freilich bei seiner Gefolgschaft ihre Wirkung nicht verfehlen werden, hat er den Fürsten Bismarck wieder einmal verlästert und sich sogar nicht gescheut, Herrn v. Caprivi gegen seinen Nachfolger liebevoll in Schutz zu nehmen. Es wäre wohl am Platze gewesen, daß Herr v. Caprivi wenigstens die liebenswürdige Protektion Richter's abgelehnt hätte, selbst, wenn er es nicht für wünschenswerth hielt, für den ersten Kanzler des Reichs, den Begründer der deutschen Einheit und Größe, ein Wort der Abwehr den Richter'schen Schmähworten gegenüber einzulegen. Aber tief betrübend und beschämend ist es, daß sich im ganzen deutschen Reichstage, der so oft dem eisernen Kanzler stürmischen Beifall gezollt, nicht ein einziger Odysseus gefunden, der den lästernden Zungenhelden gebührend gezüchtigt hätte. Matt und zahm war das Bedauern des Abg. Buhl, daß des unvergeßlichen ersten Kanzlers in der Weise gedacht worden, wie es von Seiten Richter's geschehen. Dieses Bedauern verwandelte sich sogar in eine Rechtfertigung der Richter'schen Polemik, als er schließlich noch ausdrücklich betonte, daß er nur die Form bedauert habe, in welcher über den Fürsten Bismarck gesprochen worden sei. Konnte denn nicht einer der konservativen Herren den Muth finden, mit herzerquickender Entrüstung die nichtswürdigen Angriffe wider den Mann zurückzuweisen, für dessen unsterbliche Thaten und weltbewegende Worte sie einst nur uneingeschränkte Begeisterung besaßen? War denn nicht einer von den kartellparteilichen Reichstagsabgeordneten Sachsens in der Sitzung anwesend, einer von jenen Männern, die noch vor Jahresfrist in hellster Begeisterung für den damals allerdings noch im Amte befindlichen Kanzler entbrannten, war Niemand muthig genug, um Zeugniß abzulegen von der unerschütterten Verehrung und Liebe, welche die sächsischen Patrioten mit echter sächsischer Zähigkeit in treuem deutschen Herzen für unseren Bismarck bewahren und allezeit bewahren werden? Wer dem deutschen Volke, soweit es national gesinnt ist, heute an den Puls gefühlt, der wird wissen, was ihm fehlt und daß Nichts die frohe Stimmung der Seele unseres Volkes schwerer betrübt, als daß die eiserne Kraft eines Bismarck unthätig im Sachsenwalde verrostet.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 14. Januar.

Berlin. Der Reichstag setzte die Berathung der Anträge der Sozialdemokraten und Deutsch-Freisinnigen auf Beseitigung der Lebensmittelzölle fort. Dr. Brömel (freis.): Aus den Erklärungen des Reichskanzlers habe wieder ein besseres Verständniß für die Förderung des freien internationalen Verkehrs geleuchtet und es sei daraufhin zu hoffen, daß die verbündeten Regierungen schon in naher Zeit sich dazu entschließen würden, die Hand an die wirthschaftliche Gesetzgebung behufs grundsätzlicher Aenderung derselben zu legen. Der Standpunkt des Abg. v. Lutz sei der des vollendeten agrarischen Egoismus gewesen. Für ihn handle es sich darum, daß der Bauer seinen Beutel fülle, woher der Consument die Mittel nähme, sei Herrn v. Lutz gleichgiltig. 75 Prozent der ländlichen Grundbesitzer hätten keinerlei Vortheil aus den Getreidezöllen. Dr. Buhl habe gestern energisch gegen die Herabsetzung der Zölle gesprochen. Früher habe er energisch gegen die Erhöhung der Getreidezölle sich gewandt. Hoffentlich werde er nächstens, wenn die Regierung Herabsetzung beantrage, mit der gleichen Energie für die Herabsetzung eintreten. (Heiterkeit.) Zweifelhaft sei, ob die Zölle den landwirthschaftlichen Betrieben überhaupt zu Gute kämen. Man habe durch die Zölle den Werth des Grund und Bodens heben wollen. Aber man dürfe die Interessen der ländlichen Bevölkerung nicht über die der städtischen stellen. Das Jahrhundert werde nicht zu Ende gehen, ohne daß die letzteren zahlreicher sein würden, als die ländlichen. Leuschner (Reichsp.) bestreitet, daß die Zölle den inländischen Consum vertheuert hätten und daß sie nur den Agrariern zu Gute gekommen wären. Erfahrungsmäßig reiße der Börsenverkehr einen bedeutenden Theil des Verdienstes an sich. In den Industriegegenden seien die Lebensmittel heute durchschnittlich nicht theurer, als früher. Theure Lebensmittel an sich seien kein Unglück, wenn nur das Geld dafür im Lande bleibe. Beim Freihandel gehe das Geld in's Ausland und wir bezahlten ausländische Arbeiter. Was unter den heutigen wirthschaftlichen Verhältnissen drücke, sei nicht der Zoll, sondern die Entwerthung des Silbers. (Aha!) Die Goldwährung sei unter Voraussetzungen eingeführt, die sich in keiner Weise erfüllten. Die Doppelwährung würde auch die Arbeiterlöhne erhöhen. Der Revision des Zolltarifs gegenüber hätten Industrie und Landwirthschaft gleiche Interessen und gerade im Interesse der Arbeiter dürfe vom Schutzzollsystem nicht abgegangen werden. Dazu komme, daß die Zolleinnahmen eine bedeutende Rolle im Reichshaushalte spielten. Das Wichtigste aber blieb der Schutz der nationalen Arbeit. (Beifall.) v. Helldorf (kons.): Die Zollbarrière habe sich zwar als wirksam erwiesen, aber sie habe exorbitante Preise nicht herbeigeführt. Die Preise seien immer noch früheren Zeiten gegenüber Mittelpreise. Die Zölle wirkten weniger durch Preissteigerungen, als durch Stärke des Angebots. Heute suche der Müller den kleinen Getreideproduzenten wieder auf, was vor den Zöllen nicht der Fall war. (Sehr richtig!) Gegenüber den schutzzöllnerischen Bestrebungen des Auslandes sei es eine große That des Fürsten Bismarck gewesen, daß er den Schutz der nationalen Arbeit herbeiführte und es sei bedauerlich, diesen Mann in so fanatisch roher Weise angreifen zu hören. (Unruhe links.) Das Verhalten der Sozialdemokraten zeige, daß sie nicht eine Partei der sozialen Reform, sondern der sozialen Revolution seien. Aus der Rede des Reichskanzlers gehe vor Allem hervor, daß er die Landwirthschaft als die Grundlage der gesellschaftlichen Entwickelung anerkenne. Das Elend der Industriearbeiter in den Großstädten sei auf dem Lande unbekannt. Der Einfuhr ausländischen Getreides bedürften wir nicht. Wir könnten unseren Bedarf selbst decken. Die Industrie- und Getreidezölle seien auf demselben Boden gewachsen, und an demselben Tage, an dem die landwirthschaftlichen Zölle fallen, würden auch die Industriezölle fallen. (Sehr wahr!) Der Präsident ruft v. Helldorf wegen des Ausdrucks „fanatisirt“ zur Ordnung. v. Hornstein (parteilos) äußerte sich in gleichem Sinne. Mit dem Opfer unseres Bauernstandes sollte man die österreichische Freundschaft nicht erkaufen. (Bravo!) Für die Aufrechterhaltung des Getreidezolles stehe ganz Süddeutschland geschlossen ein. Stolle (Soz.): Heute bestreitet man von der Rechten die Preissteigerung der Lebensmittel, obwohl die sächsische Regierung in ihrem Etat diese Steigerung unumwunden anerkannt habe, indem sie Ausgaben zu Gehaltserhöhungen verlangte, die durch die Vertheuerung der Lebensmittel nothwendig geworden. An die Erhöhung der Arbeitslöhne sei bei Erlaß der Zölle nicht gedacht worden. Wo seien denn auch die Herren gewesen, als Tausende braver Bergleute wegen zu niedriger Löhne streikten? Warum gingen denn die ländlichen Arbeiter nach Sachsen? Der sächsische Pläunchen-Kaffee locke sie doch nicht hin. (Heiterkeit.) Die Noth der ländlichen Arbeiter sei eben so groß, daß die Leute fort müßten. Biehl (Centr.) hält den finanziellen Effekt einer Zollaufhebung für das Bedenklichste an der Sache. Der Ausfall müßte durch Erhöhung der Matrikularbeiträge gedeckt werden. Graf Kanitz (kons.): Die Antragsteller hätten sich bisher auf die Landwirthschaft beschränkt. Warum fingen sie nicht mit den Einzelzöllen an, warum sollten die Kohlen nicht verbilligt werden? Die Bergwerksaktien hätten ja eine bedeutende Höhe erreicht, aber Freisinnige und Sozialdemokraten wüßten, daß hohe Kohlenaktienkurse ihre Geschäfte förderten. Wie wolle man den Einnahmeausfall decken? In den Einzelstaaten werde der Einnahmebedarf immer größer und die Zollerträge könnten dort gar nicht entbehrt werden. Die Theorie von dem billigen Brot sei übrigens nicht richtig. Die Arbeiter wanderten aus, wo es billiges Brot gebe und wendeten sich dahin, wo das Brot theuer sei. (Sehr richtig!) Nicht der Brotpreis, sondern die Höhe der Löhne sei dafür maßgebend. — Weiterberathung morgen.

Berlin. Der Kaiser empfing heute Mittag Prof. Dr. Steche aus Dresden behufs Uebergabe von Plänen des Zeughauses. — Die Budgetkommission des Reichstages erledigte heute den Etat des Auswärtigen Amtes. — Auf eine Anfrage bestätigte die Regierung, daß die Republik der Vereinigten Staaten von Brasilien vom Kaiser anerkannt worden sei. Auf eine weitere Anfrage über den bedauerlichen Vorfall auf dem Schiffe „Elbe“ in Hoboken, wo angeblich deutsche Offiziere und Matrosen durch amerikanische Polizisten brutal behandelt worden sind, gab Staatssekretär Frhr. v. Marschall mehrere Mittheilungen, aus denen hervorging, daß der Fall in den Zeitungen bedeutend übertrieben dargestellt worden ist. — Die Reichstagskommission für die Krankenkassennovelle nahm heute gegen den Widerspruch der Regierung eine Bestimmung an, wonach auch Dienstboten, sowie das in der Land- und Forstwirthschaft beschäftigte Gesinde durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde dem Versicherungszwang unterworfen werden kann. — Die Volksschulkommission des Abgeordnetenhauses lehnte den Antrag Windthorst's ab, wonach die Lehrpläne für den Religionsunterricht und die für diesen und die religiösen Uebungen dienenden Schulbücher von den zuständigen Organen der Religionsgesellschaft bestimmt werden sollen. Hinsichtlich der Ueberwachung des Religionsunterrichtes wurde folgende Bestimmung angenommen. Endlich haben die von den Religionsgesellschaften beauftragten Personen hierzu das Recht, dem Religionsunterricht in der Schule beizuwohnen, durch Fragen sich von der sachgemäßen Ertheilung und von den Fortschritten der Kinder zu überzeugen, den Lehrer nach Schluß des Unterrichts sachlich zu berichtigen, sowie dementsprechend mit Weisungen zu versehen. Zur eigenen Uebernahme des Religionsunterrichtes durch diese Personen ist die Genehmigung der Bezirksregierung erforderlich.

Berlin. Es heißt, die Gemahlin des Fürsten Torlonia, Bürgermeisters von Rom, sei gestern zwei Stunden nach einer Einspritzung mit Koch'scher Lymphe in St. Moritz gestorben.

Berlin. Das „Berl. Tgbl.“ läßt sich aus Dresden gerüchtweise melden, der von Herrn Max Bewer veröffentlichte Bericht über ein Interview des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh beruhe auf Mystifikation eigenster Erfindung. (Hier in Dresden ist von einem solchen Gerücht nichts verlautet. Dem „Berl. Tgbl.“ haben in begreiflicher Weise die Aeußerungen des Fürsten für dasselbe nicht gefallen.)

Hamburg. Der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Ree ist gestorben. — Von der Elbemündung kommen zahlreiche Hiobsposten. Die Gewalt der aufgethürmten, durch die Fluth bewegten Eisberge ist so groß, daß gestern zwei Mann auf einem Hamburger Schiff vom Steuer weg hoch in die Luft geschleudert wurden. — Das erste Feuerschiff in Cuxhaven hat acht Schiffbrüchige von zwei verschiedenen Schiffen aufgenommen. Auf Helgoland sind 18 Schiffbrüchige gelandet. Der englische Dampfer „Kaffraria“ ist geborsten. Mehrere große Segelschiffe sind gestrandet. Dagegen ist die Verbindung mit Helgoland wieder hergestellt.

Königsberg i. Pr. Infolge eines vergangene Nacht eingetretenen sehr starken Schneesturmes ist der Verkehr überall gehemmt. Die Chausseen sind nahezu unfahrbar. Die Eisenbahnzüge erleiden vielstündige Verspätungen. Auf dem Frischen Haff liegt der Schnee 3½ Fuß hoch, sodaß die Fischer kaum hindurchdringen können.

Schleswig. Unweit Ratstedt bei Lügumkloster wurden drei Reisende erfroren aufgefunden.

Wien. In Arco verstarb heute die Erzherzogin Maria Antonia Immaculata, Tochter des Erzherzogs Karl Salvator, im Alter von 16 Jahren am Scharlach.

Paris. Die Regierung hat die hinterlassenen Papiere des verstorbenen ehemaligen Seinepräfekten Haußmann mit Beschlag belegt.

Rom. Die diesjährigen großen Manöver wurden aus Ersparnißrücksichten abbestellt.

Brüssel. Die Eisenfabrik der Kockerill'schen Werke hat den Betrieb eingestellt, da sämmtliche Arbeiter infolge Lohnkürzungen ausständig sind.

Moskau. Das Hotel Royal ist in Flammen aufgegangen, wobei der General Schulzin erstickt ist.

London. Ein Petersburger Telegramm der „Times“ meldet, daß auf Veranlassung des Finanzministers der Zar das neue Judengesetz auf 3 Jahre sistirt habe.

Sansibar. Der Sultan von Witu, Fumo Bakari, ist gestorben.

Pfund's sterilisirte (keimfreie) Kindermilch. Trockenfütterung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41/42.